

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 1 5 / 4 3 7 0

Die Chefin  
der Staatskanzlei  
des Landes  
Schleswig-Holstein

An den  
Vorsitzenden des Europaausschusses  
Herrn Karl-Rudolf Fischer, MdL  
Landeshaus

23 März 2004

24105 Kiel

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zur Information der Mitglieder des Europaausschusses übersende ich anliegend einen Vermerk des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union im Bundesrat vom 11. März 2004 zum Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments am 19. Februar 2004 in Dublin.

Mit freundlichen Grüßen

U. Wolf-Gebhardt

Anlage



# Bundesrat

Ausschuss für  
Fragen der  
Europäischen Union  
- Büro -

Die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei -						StK 1
Eingang 18. März 2004						StK 2
						StK 3
						StK 4
MP'in	CdS	P	MPB	CP	LV	

Berlin, 11. März 2004  
Telefon: 01888 91 00 - 450, 454, 458, 451  
oder - 0  
Telefax: 01888 91 00 - 498

*NPB / StK 3*  
9. März 2004  
F. 10.3.

Betr.: Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments am 19. Februar 2004 in Dublin

*33/332: Bitte Information mit CdS -  
Schreiben an E14  
4. März 2004*

## I. Vermerk

Auf dem Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse am 19. Februar 2004 in Dublin ging es zum einen um die Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2004 und den Stand der Regierungskonferenz, die geplante Subsidiaritätskontrolle sowie die Rolle des Europäischen Rechnungshofs. Zum anderen diente das Treffen dazu, die vorliegenden Anträge zur Änderung der COSAC-Geschäftsordnung im Vorfeld der XXXI. Konferenz am 19./20. Mai 2004 in Dublin zu beraten. Bei den Änderungsanträgen handelt es sich um den vom Bundesrat eingebrachten Vorschlag zur Öffnung der COSAC für Vertreter regionaler Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen sowie um den britischen Vorstoß, die Tagesordnungen und Protokolle der Troika-Sitzungen öffentlich zu machen und regelmäßig an die Mitglieder zu verschicken. Schließlich stand die Frage nach der zukünftigen Regelung des Sprachenregimes in der COSAC auf der Tagesordnung.

Der Bundesrat war durch den **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei Thüringens, Hans Kaiser**, vertreten.

### 1. Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft und Stand der Regierungskonferenz

Im Anschluss an die Ausführungen des irischen Europaministers, Herrn **Minister of State Dick Roche**, und an eine längere Diskussion über den Entwurf einer europäischen Verfassung sowie die Ziele der irischen Ratspräsidentschaft schlug der irische Vorsitz vor, ein Presse-Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem die COSAC auf die Notwendigkeit des Abschlusses der Regierungskonferenz und der Verabschiedung einer europäischen Verfassung noch vor der Wahl zum Europaparlament am 13. Juni 2004 hinweist.

Der **irische Europaminister** betonte zu Beginn seiner Rede die besondere Bedeutung, die die irische Ratspräsidentschaft der Einbeziehung der Bürger in die EU beimesse. Irland wolle sich für transparente Entscheidungen innerhalb der europäischen Institutionen einsetzen, um die EU den Bürgern Europas näher zu bringen. In diesem Zusammenhang habe die irische Präsidentschaft sich ebenfalls vorgenommen, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts voranzutreiben, um eine sichere EU für die Bürger Europas zu schaffen. Im weiteren Verlauf seiner Rede hob **Minister Roche** hervor, dass Irland einen Abschluss der Verhandlungen über eine europäische Verfassung noch während der Zeit seiner Präsidentschaft anstrebe. Ein Hinauszögern der Entscheidung in die Zeit der niederländischen Präsidentschaft bezeichnete er als nicht wünschenswert. Für diesen Fall bestehe die Gefahr, dass auf Grund einer neuen Zusammensetzung in der Kommission und des Europäischen Parlaments zusätzliche Änderungswünsche den Prozess weiter verlangsamen. Er erklärte, dass Irland den Verfassungs-

Briefanschrift: 11055 Berlin  
Hausanschrift: Leipziger Str. 3-4  
10117 Berlin  
Lieferanschrift: Niederkirchnerstr. 1-4  
10117 Berlin

Dienstgebäude Berlin:  
Leipziger Str. 3-4  
U-Bahn/S-Bahn-Haltestelle:  
Potsdamer Platz

Dienstgebäude Bonn:  
Görresstr. 15  
U-Bahn/S-Bahn-Haltestelle:  
Heussallee

entwurf insgesamt sehr begrüße. Die Rolle der nationalen Parlamente sei insbesondere durch das vorgeschlagene Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle bzw. das geplante Klagerecht gestärkt. Als weiteres wichtiges Thema der irischen Präsidentschaft nannte **Minister Roche** die Förderung des Lissabon-Prozesses.

In der weiteren Aussprache machten vor allem **Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Spanien** und ein **Mitglied des Europäischen Parlaments** deutlich, wie wichtig der Abschluss der Verhandlungen über eine europäische Verfassung noch vor der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004 sei. Mehrere Delegationen wiesen darauf hin, dass sie andernfalls eine schwache Wahlbeteiligung befürchteten. **Minister Kaiser** bedauerte, dass noch keine europäische Verfassung verabschiedet worden sei. Er betonte, dass er eine Aufschürung des vom Konvent beschlossenen Pakets für riskant halte. Nach seiner Auffassung sollte am Ende kein "Europa der Händler", sondern vielmehr ein "Europa der Werte" stehen. Da Europa von unten aufgebaut werden müsse, begrüßte er insbesondere die Ankündigungen des irischen Europaministers, das bürgerliche Engagement in der EU zu fördern.

Für eine bessere Information der europäischen Öffentlichkeit sprachen sich unter anderem die Vertreter **Bulgariens, Großbritanniens, der Niederlande** sowie **MdEP Leinen** aus.

## 2. Zukünftige Subsidiaritätskontrolle

Als Ergebnis der kurzen Debatte zu dem Thema Überprüfung der Vereinbarkeit der Tätigkeit der EU mit dem Protokoll zur Rolle der nationalen Parlamente (Subsidiaritätskontrolle) stellte der irische Vorsitz als Ergebnis fest, dass das Thema auf der XXXI. COSAC im Mai beraten werden solle.

Die **Vertreterin der Niederlande** erläuterte, dass in ihrem Land die Erste und die Zweite Kammer einen gemeinsamen Ausschuss gebildet hätten, der sich mit der Frage der zukünftigen Subsidiaritätskontrolle beschäftige. Sie kündigte die Verteilung eines Fragebogens an, in welchem die Staaten danach gefragt würden, wie sie die Subsidiaritätskontrolle bislang handhabten und wie sie zukünftig verfahren wollten. Die **Niederlande** planten, dieses Thema auch auf der COSAC im November in Den Haag auf die Agenda zu setzen.

## 3. Europäischer Rechnungshof

Nach einem kurzen Meinungs austausch hielt der irische Vorsitz als Ergebnis fest, dass das Thema "Europäischer Rechnungshof" im Rahmen der XXXI. COSAC im Mai in Dublin besprochen werden solle.

Der Vorsitzende des irischen Europaausschusses, **Gay Mitchell**, erinnerte zu Beginn der Debatte daran, dass die COSAC nicht bindende Empfehlungen an die verschiedenen EU-Institutionen richten könne. Der irische Europaausschuss habe in diesem Zusammenhang eine Studie über den Europäischen Rechnungshof (European Court of Auditors, ECA) an eine unabhängige Beratergruppe in Auftrag gegeben. Das Ergebnis der Studie, der so genannte "Barker-Bericht", wurde anschließend von verschiedenen Delegationen als sehr gute Diskussionsgrundlage gelobt. Allerdings machten die Vertreter **Deutschlands, Finnlands, Luxemburgs, Portugals** und **MdEP Leinen** deutlich, dass sie in Anbetracht der anderen Aufgaben, die die irische Ratspräsidentschaft zu bewältigen habe, wie insbesondere den Abschluss der Verhandlungen über eine europäische Verfassung, den Zeitpunkt für ungünstig hielten. **Minister Kaiser** sprach sich dafür aus, das aus seiner Sicht wichtige Thema "finanzielle Transparenz" und damit auch die Diskussion über den Europäischen Rechnungshof zu einem anderem Zeitpunkt aufzugreifen. Nur **Großbritannien** und ein **Mitglied des Europäischen Parlaments** begrüßten eine Erörterung des Themas auf der nächsten COSAC am 19./20. Mai 2004 in Dublin.

Vor diesem Hintergrund erklärte der irische Vorsitz etwas überraschend, dass man "einhellig" zu dem Schluss gekommen sei, den Bericht über den Europäischen Rechnungshof auf der Konferenz im Mai zu besprechen und zu überlegen, welche Konsequenzen die COSAC aus dem Bericht ziehen wolle.

#### 4. Einbeziehung von Vertretern regionaler Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen in die COSAC

Als Ergebnis der erneuten Beratung der Frage der Einbeziehung von Vertretern regionaler Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen in die COSAC hielt der irische Vorsitz fest, dass zunächst die restlichen Antworten auf den kurz vor dem Vorsitzendentreffen verteilten Fragebogen zu diesem Thema abgewartet werden sollten. Nach Auswertung aller Antworten wolle der irische Vorsitz einen Vorschlag ausarbeiten, welcher auf der COSAC im Mai in Dublin weiter diskutiert werden könne.

Am Anfang der Debatte fasste der irische Vorsitz kurz die bis zu dem Zeitpunkt eingegangenen Antworten auf den Fragebogen zusammen. Danach spreche aus Sicht des Vorsitzenden des irischen Europaausschusses **Mitchell** einiges dafür, über einen Beobachterstatus von Vertretern regionaler Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen nachzudenken, wobei er eine Integration in die nationale Delegation befürwortete. Diesen Vorschlag unterstützten die **Vertreterin Finnlands** und **MdEP Leinen**. **Italien** warb noch einmal für seine Idee, drei Präsidenten aus regionalen Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen als Beobachter zu regulären Sitzungen der COSAC zuzulassen, die von der Troika auf der Grundlage von Vorschlägen der Konferenz der Europäischen Regionalen Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen (CALRE) im Einvernehmen mit den nationalen Delegationen ernannt würden. Für diese Lösung sprach sich die **Delegation Portugals** aus. Grundsätzlich kritisch - auch zum Beobachterstatus - äußerte sich **Großbritannien**. **Minister Kaiser**, erläuterte noch einmal den auf der XXX. Sitzung der COSAC in Rom vergangenes Jahr in überarbeiteter Fassung eingebrachten Antrag zur Änderung der COSAC-Geschäftsordnung. In dem Antrag des Bundesrates ist vorgesehen, dass es in das Ermessen jedes nationalen Parlaments gestellt sein soll, nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts einen der ihm in der COSAC-Delegation zustehenden Plätze einem Vertreter regionaler Parlamente bzw. regionaler Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen zu überlassen. Ein unmittelbarer Anspruch regionaler Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnissen auf Teilnahme an Sitzungen der COSAC soll damit nicht begründet werden. **Österreich** äußerte sich - nachdem es in der Vergangenheit den Antrag des Bundesrates unterstützt hatte - zurückhaltend. Der **österreichische Vertreter** stellte fest, dass jeder der vorliegenden Vorschläge für irgendeinen der Mitgliedstaaten ein Problem darstelle. Er warf weiterhin die Frage auf, wie verfahren werden solle, wenn die Vertreter innerhalb einer Delegation verschiedener Meinung seien.

Der **Vertreter Spaniens** erklärte, dass es wegen der derzeitigen Auflösung des nationalen Parlaments keine abschließende spanische Position in dieser Frage gebe. **Dänemark, Frankreich** und **Luxemburg** äußerten sich insgesamt kritisch zu einer Einbeziehung von Parlamenten mit Gesetzgebungsbefugnissen in die COSAC und verwiesen auf den Ausschuss der Regionen, der ihrer Auffassung nach für die Belange der Regionen geschaffen worden sei. **Dänemark** und **Luxemburg** konstatierten, dass die beiden Stimmen, die jeder Delegation zur Verfügung stünden, in den Händen der nationalen Parlamente bleiben müssten.

**Minister Kaiser** stellte abschließend fest, dass Deutschland sich auch mit einem Beobachterstatus einverstanden erklären könne, sofern die Beobachter in die nationalen Delegationen integriert würden. Im Ergebnis schloss er sich der Idee **Österreichs** an, in einem kleineren Kreis noch einmal über einen neuen Vorschlag zu beraten.

## 5. Veröffentlichung von Protokollen der Troika-Sitzungen

Auf Vorschlag Großbritanniens sprachen sich die Delegationen einhellig dafür aus, die Ziffer 2.5 der COSAC-Geschäftsordnung in der Weise zu ändern, dass die Tagesordnung der Troika-Sitzungen alle nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament spätestens zwei Wochen vor dem Treffen vorliegen müssen. Darüber hinaus sollen die Protokolle der Troika-Treffen spätestens zwei Wochen nach den Sitzungen versandt werden. Die Änderung der Geschäftsordnung soll formal auf der XXXI. COSAC am 19./20. Mai 2004 in Dublin beschlossen werden.

## 6. Sprachenregime in der COSAC

Auf Vorschlag der niederländischen Vertreterin stellte der irische Vorsitz als Ergebnis fest, dass demnächst vom Sekretariat der COSAC ein Fragebogen an die Mitgliedstaaten verschickt werde, in dem diese sich zu dem zukünftigen Sprachenregime in der COSAC äußern könnten. Die Antworten sollen als Basis für die Diskussion der Konferenz im Mai dienen.

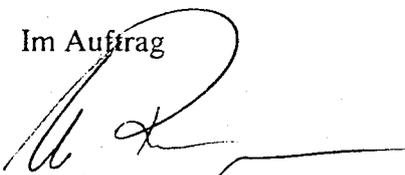
Die Vertreterin der Niederlande erinnerte noch einmal an die bislang aus ihrer Sicht nicht gelöste Frage, wie zukünftig nach einem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten in die EU die Dolmetschung im Rahmen der COSAC vonstatten gehen solle. Sie wies auf die Gefahr hin, dass über zwei oder drei Relais gedolmetschte Texte am Ende fehlerhaft bzw. schwer verständlich werden können. Außerdem bestehe auch ein räumliches Problem, da es kaum Örtlichkeiten gebe, die über ausreichende Kapazitäten für Dolmetscherkabinen verfügten. Ihrem Wunsch, bereits während des Vorsitzendentreffens den politischen Willen zu bekunden, die Sprachregelung in der COSAC zu ändern, wurde nicht entsprochen. Die Vertreterin der Niederlande regte darüber hinaus an, auf der COSAC im Mai zu beschließen, welches neue Sprachenregime künftig installiert werden solle. Großbritannien sprach sich für eine Vereinfachung des Sprachenregimes aus. Die Länder, deren Sprachen immer gesprochen würden, könnten diejenigen Länder, die Dolmetscher mitbringen müssten, finanziell unterstützen. Die Delegation Litauens erklärte, dass Dolmetschungen in alle Sprachen der EU bei allen ordentlichen Sitzungen der COSAC möglich sein müssten, da alle offiziellen Sprachen der EU gleichberechtigt seien. Sofern ein Mitgliedstaat keine Dolmetschung brauche, könne er darüber jeweils im Einzelfall informieren.

## 7. Nächste COSAC-Sitzung

Die nächste Sitzung der COSAC findet unter irischem Vorsitz am 19. und 20. Mai 2004 in Dublin mit voraussichtlich folgenden Tagesordnungspunkten statt:

- Rede des irischen Außenministers Brian Cowen
- Überprüfung der Vereinbarkeit der Tätigkeiten der EU mit dem Protokoll zur Rolle der nationalen Parlamente in der EU (Subsidiaritätskontrolle)
- Rolle des Europäischen Rechnungshofs
- Arbeitsgruppe zur Rolle der regionalen Versammlungen mit Gesetzgebungskompetenz und zur Veröffentlichung der Protokolle der Troika

Im Auftrag



(Monika Rumpé)